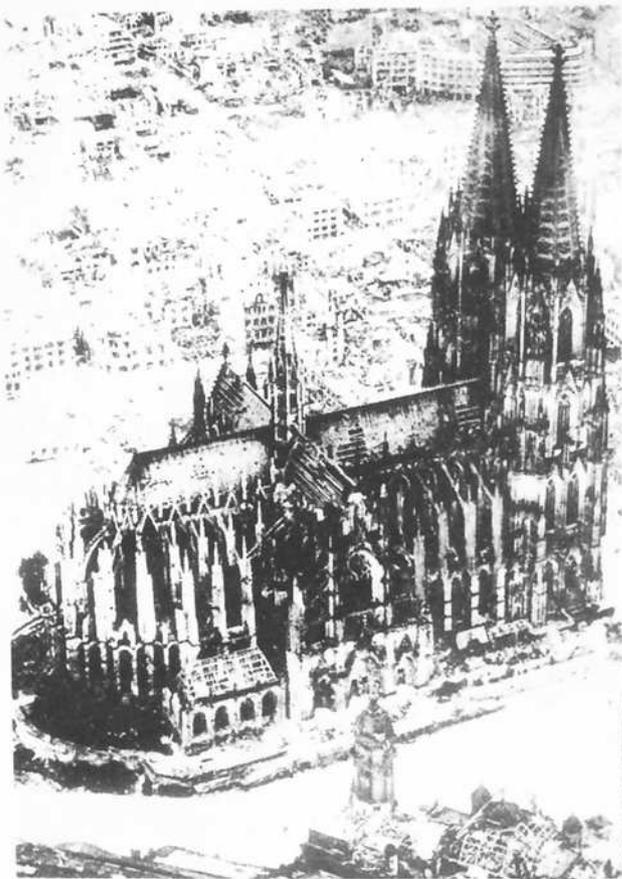




50 Jahre NRW

GRÜSSWÖRTE UND GEBURTSTAGSWÜNSCHE
ZUM 50. GEBURTSTAG
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN
VON DEN KOMMUNISTEN UND KOMMUNISTINNEN
AN RHEIN UND RUHR

DKP



So sah es 1945
in Nordrhein-Westfalen aus



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir alle wissen, daß zwischen Rhein und Weser gern gefeiert wird. Und zwar mit Grund, ohne Grund und überhaupt. In diesem Jahr nun sollen wir sogar offiziell feiern dürfen/müssen. Landesregierung und Landtag wünschen das so zum 50. Geburtstag unseres Landes Nordrhein-Westfalen. Also reihen wir uns ein in die Schar der Gratulanten und tragen auf unsere Art zum Feiern bei.

Nach gutem alten Brauch geziemt es sich, zunächst den Eltern zur Geburt ihres Kindes zu gratulieren. Aber hoppla, wer sind denn die Eltern? Der *NRN*-Landtag? Die *NRW*-Landesregierung? Oder einfach so die Frauen und Männer der nordrhein-westfälischen Region?

Weit gefehlt! Die eigentlichen Eltern des vor 50 Jahren gezeugten und geborenen Kindes Land Nordrhein-Westfalen waren andere. Der Britische Oberbefehlshaber ordnete am 19. Juli 1946 im Namen der Britischen Krone die Geburt des Landes *NRW* an.

In einer Entschließung zu dieser Anordnung sagten die Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands im Juli 1946, daß *„...überraschend und ohne Kenntnis der demokratischen Parteien und der Bevölkerung...“* die Landesgründung angeordnet sei und dies einen ersten Schritt zur Spaltung Deutschlands darstelle.

Heinz Renner
nach 1945
erster Oberbürgermeister
der Stadt Essen,
in der ersten
Landesregierung NRW,
im Kabinett Amelunxen
Sozial- und Verkehrs-
minister



Die KPD forderte, der Bevölkerung von Rheinland-Westfalen das Recht zu geben, in einer demokratischen Volksabstimmung ihren Standpunkt dazu abzugeben. Für den Fall, daß dies nicht geschehe und die Geburt von NRW unabhängig vom Volkswillen zustande komme, würde die „KPD auf dem Boden der geschaffenen Lage entscheiden und unablässig für die Interessen des schaffenden Volkes und für ein einheitliches Deutschland“ arbeiten.

So geschah es dann. Die Dinge nahmen ihren Lauf. Die englischen Geburtsrichtlinien wurden von einer willfährigen Mehrheit realisiert und so wurden im Nachhinein alle zu Eltern des Landes NRW gemacht. Fortan war auch aller Kommunistinnen und Kommunisten „elterliches“ Bemühen mit auf das Wachstum und das Wohlergehen von NRW gerichtet.



Hugo Paul
Wiederaufbauminister
der ersten
Landesregierung NRW

Zunächst mußte für die Taufe von NRW das Stammbuch her, das im amtsdeutsch trefflich „Landesverfassung“ genannt wurde. Am Zustandekommen dieses Buches für den Weg ins Leben, an den heißen Diskussionen um Kapitel und Artikel über die Rechte und Pflichten des Volkes und des Staates, waren die Kommunisten konstruktiv und streitbar beteiligt. Sie arbeiteten sowohl im ersten, von den englischen Besatzungsbehörden ernannten Landtag (2.10.1946 bis 19.4.1947), wie auch in den gewählten Landtagen der Periode des antifaschistisch-demokratischen Neubeginns (1947 bis Anfang der fünfziger Jahre) mit. Gleich ihnen leisteten in den Gemeinden und Städten Hunderte Kommunistinnen und Kommunisten ihre parlamentarische Arbeit.

Der ersten Landesregierung, wie auch jener der ersten Wahlperiode, gehörten die Kommunisten Hugo Paul als Wiederaufbau-

Minister und Heinz Renner, der auch der erste Oberbürgermeister der Stadt Essen nach 1945 war, als Sozial- und Verkehrs-Minister an. Am 7. Februar 1948 wurden sie von Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) wegen ihres Kampfes gegen die Spaltung Deutschlands und die Remilitarisierung, wegen ihres konsequenten Kampfes um demokratische Rechte und die Sozialisierung des Monopoleigentums, aus ihren Ämtern entlassen.

Die 28 Landtagsabgeordneten der KPD konzentrierten ihre Mitarbeit im Landesparlament in den Jahren 1947/48 auf das Wegräumen der materiellen und geistigen Trümmer des Faschismus und auf die Ausarbeitung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung. Schließlich sollte in ihr der zukünftige Lebensweg des Landes auf den richtigen Kurs gebracht werden.

Am 14. September 1947 unterbreitete die KPD ihren Verfassungsentwurf unter dem Motto „*Das Volk bestimmt sein Recht*“. Danach sollten „...*die Verfassung und der Staat aus einem Instrument der*

**Landtagsabgeordnete der
Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)**

in der 1. Wahlperiode

(Landtagswahl am 20. April 1947):

Willi Agatz, Essen, Bergmann

Ludwig Becker Essen, Bauarbeiter

Hans-Walter Blank, Köln, Parteisekretär

Willi Bürger, Hagen, Schlosser

Ernst Gerber, Ahlen, Bergmann

Georg Große, Alsdorf, Bergmann

Arthur Hahnenfurth, Solingen, Gewerkschaftssekretär

Franz Herzner, Kaldenhausen, Geflügelzüchter

Peter Hochkepler, Weiß bei Köln, Angestellter

Ewald Kaiser, Herne, Kaufmann

Georg Kipp, Münster, Tischler

Karl Küll, Solingen, Gewerkschaftssekretär

Josef „Jupp“ Ledwohn, Herne, Elektriker

Kurt Lichtenstein, Dortmund, Werkzeugmacher

Johanna Melzer, Düsseldorf, Angestellte

**Karl Schabrod
1977 bei einer Demonstration
gegen die Berufsverbote
in Düsseldorf**



Hugo Paul, Düsseldorf, Minister
Willy Perk, Dortmund, Chefredakteur
Gustav-Adolf Prinz, Bielefeld, Bergmann
Otto Quade, Solingen, Maschinenführer
Hanna Rautenbach, Solingen-Ohligs, Hausfrau
Max Reimann, Herne, Bergmann
Heinz Renner, Essen, Journalist
Karl Schabrod, Düsseldorf, Redakteur
Willi Spicher, Wuppertal-Barmen, Dreher
Grete Thiele, Wuppertal-Elberfeld, Angestellte
Walter Vesper, Düsseldorf, Angestellter
Rudi Wascher, Köln, Bauarbeiter
Wilhelm Willig, Oberhausen, Lokmaschinist

Nachgerückt:

Cilly Hansmann, Köln, Sekretärin
Oskar Hofmann, Wuppertal-Elberfeld, Redakteur
Emil Klingelhöller, Ennepe-Ruhr, Kriminalrat a.D.
Max Scheiderei, Bochum, Metallarbeiter

Abgeordnete der KPD

in der 2. Wahlperiode

(Landtagswahl am 18. Juni 1950):

Helga Dickel, Weberin

Enst Gerber, Ahlen, Bergmann

Franz Herzner, Kaldenhausen, Landwirt

Georg Holdenried, Leverkusen, Fabrikarbeiter

Hans Jennes, Düsseldorf, Parteisekretär

Ewald Kaiser, Herne, Parteisekretär

Josef „Jupp“ Ledwohn, Herne, KPD-Vorsitzender NRW

Max Reimann, Herne, Bergmann

Karl Schabrod, Düsseldorf, Angestellter

Alfred Spindler, Bergmann

Rudi Wascher, Köln, Parteisekretär

Lina Weier, Hausfrau

Nachgerückt:

Jupp Angenfort, Düsseldorf, Angestellter

Betty Pallas, Solingen

Unterdrückung des Volkes zu einem Instrument der Verwirklichung seines Willens und -er Durchsetzung seiner Interessen....“ werden.

Karl Schabrod, Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion und Mitglied des Verfassungsausschusses, sagte über die Vorstellungen der Kommunisten zur Verfassung: „...1. Sie muß konsequent demokratisch sein; 2. Sie muß alle demokratischen Grundrechte des Volkes enthalten; 3. Die Verfassung muß den fortschrittlichen Kräften des Volkes Entfaltungsfreiheiten geben und den überkommenen Besitzvorrechten enge Grenzen ziehen; 4. Die Verfassung muß bindendes Recht sein...“ Der Verfassungsentwurf der KPD wurde von der Parlamentsmehrheit nicht akzeptiert. Gleichwohl trug er dazu bei, daß in der Verfassung von NRW antifaschistische, friedenspolitische, demokratische und soziale Prinzipien ihren Niederschlag fanden.

Wer sich bis hierher durchgelesen hat, mag womöglich denken, na ja, die Kommunisten, deren Partei dann sogar 1956 verboten wur-

de, werden wohl bei „50 Jahre NRW“ keinen Grund zum Feiern sehen. Gewiß, daß in den 50 Jahren NRW die Macht des Großkapitals restauriert werden konnte, daß Konzerne, die ehemals Hitler in den Sattel halfen, wie Krupp, Thyssen, BAYER und die vom Bergbau, wieder schalten und walten können, wie sie wollen und mit ihrer Profit-Politik heute auch Menschenrechte in den Dreck treten, ist für uns kein Grund zum Feiern. Gegen die Menschenrechte verstieß auch die jahrzehntelange Berufsverbots-Praxis in unserem Land, von der viele Mitglieder der 1968 gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und andere fortschrittliche Menschen betroffen waren.





Und daß sich im 50. Jahr von NRW das Verbot der Freien Deutschen Jugend - FDJ - zum 45. Mal und das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD - zum 40. Mal jährt, ist sicher nur für notorische Militaristen und Antikommunisten etwas „Feierliches“. Und schließlich deuten auch die Zeichen des Jubiläumjahres selbst auf nicht gerade „Feierliches“ hin.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter und wird zum Dauerzustand; der soziale Kahlschlag ist in vollem Gange; von Armut sind immer mehr Menschen betroffen; Aufrüstung und Einsatz deutscher Soldaten im Ausland, außerhalb ihres Verteidigungsauftrages, schüren Spannungen und Kriegsgefahr.

Trotzdem: Vieles gibt es in den 50 Jahren NRW, das zu feiern wirklich lohnt.

Wir haben guten Grund, die Frauen und Männer aus allen politischen Richtungen, die sich nach dem Krieg an den Wiederaufbau und die Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaft wagten, zu ehren und zu feiern.

Unsere Gratulation gilt all den Menschen unserer Region, die unermüdlich für das wirtschaftliche Aufblühen des Landes durch ihre Arbeit unter und über Tage, in Fabriken, Büros und Forschungsstätten sorgten. Wir feiern mit allen in NRW, die Courage hatten und haben, dem Militarismus und der Gier nach Atomwaffen entgegenzutreten, mehr Demokratie zu fordern, auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu pochen und die für den Umweltschutz aktiv sind.

Aber 50 Jahre Nordrhein-Westfalen zeigen uns auch, daß alles verdeckende und überdeckende Feiern dem Lebensweg unseres Landes allein nicht gerecht werden. Trügerisch ist wohl auch die Hoffnung, daß durch die Bildung der rot-grünen Koalition im Jubiläumsjahr die Weichen wieder richtig gestellt wurden. Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß der Druck des Großkapitals in Richtung auf weiteren Sozialabbau auch in NRW zur Geltung kommt und daß die neue Landesregierung diesem Druck nachgibt. Auch unter dieser Landesregierung wird deshalb die Verteidigung erreichter sozialer und demokratischer Errungenschaften, der Kampf um den Erhalt

Die politischen Verfolgungen in der Zeit des kalten Krieges zwischen 1949 und 1968 haben auch um NRW keinen Bogen gemacht. Von den rund 500 000 BundesbürgerInnen, die von politischen Ermittlungsverfahren betroffen waren und von denen über 10 000 zu - zum Teil mehrjährigen-Freiheitsstrafen verurteilt wurden, kam ein großer Teil aus Nordrhein-Westfalen. Strafprozesse gegen ganze Gruppen, denen eine kommunistische Gesinnung unterstellt wurde, waren keine Seltenheit. Allein in NRW standen 2500 bis 3000 Bürger vor den politischen Sonderkammern der nordrhein-westfälischen Landgerichte - besonders hervorgerufen haben sich die in Düsseldorf und Dortmund - und wurden zu Haftstrafen verurteilt.

In den Jahren 1952/53 und 56 bis 63 standen nach den wenigen Unterlagen, die bei der „Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges“ vorliegen, vor dem Landgericht Dortmund 111 und vor dem Landgericht Düsseldorf 69 BürgerInnen wegen ihres demokratischen- und Friedensengagements vor Gericht.

Nach dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts waren besonders die Kommunistinnen und Kommunisten von Strafverfolgungen betroffen, unter ihnen nicht wenige, die schon im Kampf gegen Faschismus und Krieg ihr Leben wagten und den Leidensweg durch die Zuchthäuser und KZ's der Nazis gehen mußten.

Wegen des Widerstands gegen die Adenauersche Politik der Remilitarisierung und Spaltung Deutschlands standen z.B. vor dem Landgericht Düsseldorf Max Reimann, der Vorsitzende der KPD, die in der Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung engagierte Frau Prof. Klara Maria Fassbinder (CDU), der Aktivist der damaligen Volksbefragungsbewegung, der Mönchengladbacher Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Elfes (CDU), die katholische Publizistin Christa Thomas (CDU), der Vorsitzende der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen, Jupp Angenfort, der Vorsitzende der KPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag, Karl Schabrod.

Aber auch aktive Streiter der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, wie die Betriebsratsmitglieder der Zeche Osterfeld, die SPD-Genossen Jäger, Upmann und Bauer, die zusammen mit parteilosen und kommunistischen Betriebsräten verurteilt wurden, weil sie mit DDR-Ministerpräsidenten Grothewohl über den Kauf von Ruhrkohle verhandelten, um die Arbeitsplätze der Ruhr-Kumpel zu sichern.

Nicht einer von all den Verurteilten wurde bis heute rehabilitiert und entschädigt!

Grund genug, um zum 50. Jahrestag unseres Landes Nordrhein-Westfalen erneut die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des Kalten Krieges zu fordern.



INITIATIVGRUPPE FÜR DIE REHABILITIERUNG DER OPFER DES KALTEN KRIEGES
(Hoffnungstraße 18, 45127 Essen)

von Arbeitsplätzen, um die Verringerung der Arbeitslosigkeit, sowie um andere dringende Anliegen der arbeitenden Menschen im Vordergrund stehen müssen. Soziale, demokratische, ökologische, frauen- und jugendpolitische, antifaschistische, antirassistische, friedensorientierte Schritte sind auch unter dieser Regierungskoalition nur durchzusetzen, wenn Landesregierung und Landtagsmehrheit durch betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen und durch starke außerparlamentarische Bewegungen dazu gedrängt werden.

Bei **Kommunalwahlen** gewählte Mitglieder der 1968 neugegründeten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) arbeiteten in verschiedenen Legislaturperioden in parlamentarischen Gremien der folgenden Städte und Gemeinden mit:

Ahlen, Bottrop, Düsseldorf-Gerresheim, Essen-Altenessen, Gelsenkirchen-Horst, Gevelsberg, Gladbeck, Hattingen, Mönchengladbach-Odenkirchen, Morsbach, Oberhausen, Steinhagen, Wülfrath.

Der Wille, für die genannten Ziele Druck zu machen, entspricht genau der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen, die, daran möchten wir gerade im NRW-Jubiläumjahr erinnern, das Wohl des Menschen in den Mittelpunkt des Lebens stellt, die verlangt, daß der Schutz der Arbeitskraft des Menschen Vorrang hat vor dem Schutz des materiellen Besitzes:

Der Lohn muß der Leistung entsprechen und den angemessenen Lebensbedarf der arbeitenden Menschen und ihrer Familien decken (Art. 24, Abs. 1+2); Großbetriebe der Grundstoffindustrie und monopolartige Unternehmen sollen in Gemeineigentum überführt werden (Art. 27, Abs. 1); Der Jugend ist die umfassende Möglichkeit zur Berufsausbildung und Berufsausübung zu sichern (Art. 6, Abs.1); Die Bereitschaft zu sozialem Handeln ist zu wecken (Art. 77, Abs. 1); Das Recht auf gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung wird anerkannt und gewährleistet.

Mit den kürzlich veröffentlichten „Landespolitische Forderungen“ machen wir Kommunistinnen und Kommunisten an Rhein und Ruhr in konsequenter Auseinandersetzung mit Kapital und Kabinett und

den ihnen verpflichteten Politikern unsere Geburtstagswünsche deutlich.

Unter dem Motto „Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben“ wirken wir für die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und dafür, allen Jugendlichen eine umfassende Allgemeinbildung, eine qualifizierte Ausbildung und einen Arbeitsplatz zu sichern. Wir sagen „Wohnen ist ein Menschenrecht“ und sind aktiv für eine Wohnungspolitik, die sich den sozialen Bedingungen und nicht dem Profit unterwirft. „Für die Rechte der Frauen und ihre Gleichstellung“ sind wir Kommunistinnen und Kommunisten engagierte Mitstreiter. Im Kontra zu Neonazismus, Nationalismus und Rassismus kämpfen wir für das Verbot aller neofaschistischen und rassistischen Organisationen, sowie ihrer Publikationen. Notwendig ist die kontinuierliche Aufklärung der Öffentlichkeit über die Neonazis und Rassisten, ihre Hintermänner, ihre Geldgeber.

Wir fordern, daß sich Landtag und Landesregierung für die Wiederherstellung des vollen Asylrechts und für die vollständige politische und soziale Gleichberechtigung der Menschen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind, einsetzen.

In diesem Sinne feiern auch wir Kommunistinnen und Kommunisten den 50. Geburtstag des Landes Nordrhein-Westfalen.

*Wir wünschen das Beste für unser Land
und grüßen für alle Kommunistinnen und Kommunisten in NRW*

Anne Frohnweiler,

Vorsitzende der DKP Rheinland-Westfalen

Patrik Köbele,

Vorsitzender der DKP Ruhr-Westfalen

Gundel Kahl,

Mitglied des Bezirkssekretariats der DKP Rheinland-Westfalen

Rosemarie Stiffel,

stv. Vorsitzende der DKP Ruhr-Westfalen

Jupp Angenfort,

ehem. Landtagsabgeordneter der KPD, Düsseldorf

Gustav Trambowski,

ehem. Stadtverordneter der KPD in Düsseldorf

Oskar Nolze,

ehem. Stadtverordneter der KPD in Köln

Wenn schon gefeiert wird...



*...laden die Komunistinnen und Kommunisten
an Rhein und Ruhr ein zum **10. Pressefest der UZ -
Volksfest der DKP -**
im Sommer 1997 im Revierpark Dortmund-Wischlingen.*

Die Zeitung der DKP - die UZ - unsere zeit -
erscheint wieder als Wochenzeitung.



Seit ihrer ersten Ausgabe
ist sie nie von ihrem Standpunkt
als sozialistische Zeitung abgewichen.

Immer stand und steht sie an der Seite
der arbeitenden Menschen, der großen
Mehrheit in unserem Land NRW.

Wenn Sie die Stimme der Kommunisten im Originalton hören wollen,
lesen Sie die UZ. Schreiben Sie an
ComPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
und verlangen Sie Probeexemplare

Herausgeber: Bezirksvorstände Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen
der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP),
Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen und Höfningstraße 18, 45127 Essen;
verantwortl.: Gerd Humbach, Druck: GNN Köln. August 1996